

Seminarankündigung:

„Neue Regeln für digitale Plattformen?“

Im Wintersemester 2016/17 biete ich ein Seminar zu „neuen Regeln für digitale Plattformen“ an. Es steht im Kontext der aktuellen rechtspolitischen Überlegungen, ob der geltende privatrechtliche, lauterkeits- und wettbewerbsrechtliche Regelrahmen den neuen Herausforderungen gewachsen ist, welche digitale Plattformen stellen.

Die Welt digitaler Plattformen ist durch eine große Vielfalt geprägt: Zu den digitalen Plattformen zählen Suchmaschinen (wie Google), soziale Netzwerke (wie Facebook), Verkaufs- und Auktionsplattformen (z.B. Amazon, eBay), Medien-, Film- und Musikplattformen, Kommunikationsdienste, Vergleichs- und Bewertungsportale, Plattformen der sog. „sharing economy“ etc. Gemeinsames Merkmal aller Plattformen ist, dass sie eine Interaktion zwischen Marktteilnehmern ermöglichen oder vereinfachen. Häufig treten starke direkte und indirekte Netzwerkeffekte auf, die zu Konzentrationstendenzen führen können. In den Geschäftsmodellen digitaler Plattformen spielen außerdem das Sammeln und Verwertung personenbezogener Daten eine große Rolle. Für den geltenden Rechtsrahmen bedeuten digitale Plattformen in ganz verschiedener Weise eine Herausforderung: Ändern sich im digitalen Umfeld – und insbesondere angesichts der Akkumulation personenbezogener Daten – die Voraussetzungen für die Ausübung von Privatautonomie? Gibt es neue Arten von Machtpositionen, die einer rechtlichen Kontrolle bedürfen? Ändern sich die Bedingungen von Wettbewerb?

Mit dem Themen „digitale Plattformen“ sowie „Daten und Wettbewerb“ haben sich in jüngerer Zeit verschiedene Stellen befasst.

Die EU hat am 25.5.2016 eine Mitteilung zu Online-Plattformen im digitalen Binnenmarkt (COM(2016) 288 fin.) und verschiedene Begleitdokumente zum Thema „digitale Plattformen“ vorgelegt.

Das Bundeswirtschaftsministerium hat Ende Mai ein Grünbuch zu digitalen Plattformen veröffentlicht (<https://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/G/gruenbuch-digitale-plattformen,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>).

Das Bundeskartellamt hat, gemeinsam mit der französischen Autorité de la Concurrence, am 10.5.2016 einen Bericht zu „Competition Law and Data“ vorgelegt .

Das Seminar soll sich mit den in diesem Rahmen aufgeworfenen rechtlichen und rechtspolitischen Fragen befassen. Die Seminarteilnehmer sollen in ihren Arbeiten Stellungnahmen zu den vom Bundeswirtschaftsministerium aufgeworfenen Fragen erarbeiten, die dann in einer abschließenden Seminarsitzung Ende Oktober gemeinsam mit dem zuständigen Staatssekretär im BMWi, Matthias Machnig, diskutiert werden und so Eingang in den Grünbuchprozess finden können.

Das Seminar richtet sich insbesondere an Studierende, die sich für den Schwerpunktbereich Wirtschafts-, Unternehmens- und Steuerrecht interessieren (Unterschwerpunkt Wettbewerbs- und Regulierungsrecht). Die Teilnahme am Seminar soll zugleich als Vorbereitung für die Studienabschlussarbeit dienen.

Die Zahl der Seminarteilnehmer ist auf 20 begrenzt.

Eine **Vorbesprechung mit Themenvergabe** findet statt am

13.07.2016 um 17:00 Uhr in Raum 2202.

Um eine kurze Voranmeldung für die Vorbesprechung per e-mail (IWWR@zedat.fu-berlin.de) wird gebeten.

Im Rahmen der Vorbesprechung werden ausführliche Hinweise zum Einstieg in die jeweiligen Themen sowie allgemein zum wissenschaftlichen Arbeiten und zum erfolgreichen Verfassen einer Seminararbeit gegeben.

Die Seminar- und Diskussionsveranstaltung mit Staatssekretär Machnig findet Ende Oktober 2016 statt.

Themen

1. Individuelle Preisdiskriminierung durch digitale Plattformen – wie sollte die Rechtsordnung damit umgehen?
2. Die Zulässigkeit von „profiling“ durch digitale Plattformen und ihre Grenzen im Lichte digitaler Privatautonomie (Datenschutz-Grundverordnung, AGB-Kontrolle, § 138 Abs. 2 BGB)
3. Was bedeutet das Kopplungsverbot in Art. 7 Abs. 4 Datenschutz-Grundverordnung für die Nutzung von „Daten als Entgelt“?
4. Die datenschutzrechtliche Einwilligung in die Datenverarbeitung und aktuelle „privacy by design“ und „privacy by default“-Ansätze: Auf dem Weg zu einer verbesserten „Datensouveränität“?
5. Potentielle Interessenkonflikte von Informationsintermediären im Internet – brauchen wir neue rechtliche Regelungen? (am Beispiel der Vergleichsportale)
6. Welche Pflichten treffen Plattformbetreibern mit Blick auf Drittbewertungen auf ihren Webseiten? Gibt es gesetzgeberischen Handlungsbedarf?
7. Zugangsansprüche von Wettbewerbern zu Daten eines marktbeherrschenden Unternehmens: Datenpools als neue Form der „essential facility“?
8. Missbrauch von Marktmacht durch Rechtsbruch – eine neue Kategorie des Missbrauchs? Das „Facebook“-Verfahren des Bundeskartellamts und die Frage, unter welchen Voraussetzungen Rechtsverstöße zugleich einen Missbrauch von Marktmacht darstellen
9. Datenerhebung und -verarbeitung durch marktmächtige als Ausbeutungsmissbrauch? Diskussion am Beispiel des „Facebook“-Verfahrens des Bundeskartellamtes
10. Private und öffentliche Durchsetzung des Datenschutzrechts – Änderungen nach der Datenschutz-Grundverordnung: Ein taugliches System für den digitalen Kontext?
11. Die Bedeutung des UWG in der Durchsetzung von Datenschutzregeln – Diskussion unter Berücksichtigung von LG Düsseldorf, 9.3.2016 – Facebook Like Button
12. Der Einsatz von „Big Data“-Verfahren nach der Datenschutz-Grundverordnung: Ein tauglicher Rechtsrahmen für die digitale Wirtschaft?
13. Die Portabilität von Daten nach Art. 18 der Datenschutz-Grundverordnung im Vergleich mit US-amerikanischem Recht (Facebook v Power Ventures, N.D. Cal., 20.7.2010, No. C08-05780 JW, 200010 WL 3291750): Transatlantische Unterschiede im Schutz von Wettbewerb

14. Marktabgrenzung bei Suchmaschinen
15. Haftung von Suchmaschinenbetreibern wegen diskriminierender Wirkung der Autocomplete-Funktion?
16. Suchmaschinen als Gatekeeper? Bedarf es neuer rechtlicher Regelungen für Suchmaschinen?
17. Sollte marktmächtigen Konzernmüttern die Privilegierung eigener Tochtergesellschaften verboten sein? Eine Untersuchung am Maßstab des deutschen und des europäischen Wettbewerbsrechts am Beispiel des Google-Shopping-Falles
18. Die neue transaktionswertbezogene Aufgreifschwelle in der FKVO – Diskussion des Referentenentwurfs für eine 9. GWB-Novelle
19. Kriterien für die fusionskontrollrechtliche Würdigung der Zusammenlegung verschiedener Datenpools im Rahmen eines Zusammenschlusses
20. Beschränkungen der Interoperabilität durch marktmächtige digitale Plattformen als Missbrauch von Marktmacht?
21. Sharing-Economy-Plattformen: Wann sind sie reine Vermittler, wann selbst als Anbieter der vermittelten Dienstleistung zu qualifizieren? Nach welchen Kriterien lässt sich die Verantwortlichkeit eines Vermittlers für die vermittelte Leistung bestimmen? Eine Untersuchung am Beispiel Uber
22. „Zensur“ durch soziale Netzwerke: Pressefreiheit oder Vielfaltsgefährdung? Benötigen wir Regeln zur Sicherung eines „neutralen“ Umgangs mit Information durch soziale Netzwerke?